

Briefe an die SÄZ

Gegenvorschlag «medizinische Grundversorgung» – ein Bumerang für die Hausärzte

Zur Eidg. Abstimmung vom 18. Mai

Über 200 000 Bürger haben die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» unterschrieben, damit es auch in Zukunft genügend Hausärzte geben soll. Die Initianten haben jedoch die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurück gezogen, weil ihnen vom Bundesrat höhere Hausarzttarife versprochen wurden. Der nun am 18. Mai allein zur Abstimmung kommende direkte Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» ist eine Mogelpackung, bei der die «medizinische Grundversorgung» und nicht – wie in der Volksinitiative vorgesehen – die Hausärzte gestärkt werden sollen. Trotz erhöhter Tarife wird das Gesamteinkommen der Hausärzte sinken, weil ein grosser Teil ihrer bisherigen Tätigkeiten von Nichtärzten (Krankenschwestern, Ernährungsberatern, Podologen usw.) übernommen werden soll. Trotzdem wird die «medizinische Grundversorgung» insgesamt teurer werden, wie die Erfahrungen der Schweizer Managed Care Hausärztenetzwerke zeigen: unsachgemässe Behandlungen oder verzögerte Weiterweisungen führen zusammen mit dem vertraglich vereinbarten Spardruck und der damit geleisteten Billigstmedizin letzten Endes zu höheren Gesamtkosten. Beim Konzept der «medizinischen Grundversorgung» handelt es sich um ein altes WHO-Modell, dass in den 1970er Jahren als kostengünstiger Basisgesundheitsdienst für Entwicklungsländer («Barfussärzte»-Modell) propagiert wurde. Darin ist vorgesehen, dass anstelle des Hausarztes der Patient in erster Linie von billigeren Nichtärzten «behandelt» werden soll. Das nach dem Vorbild von Maos «Barfussärzten» konzipierte WHO-Modell führte in der Praxis zu einem unzureichend ausgestatteten öffentlichen Gesundheitswesen mit unmotivierten, überarbeiteten und schlechter qualifiziertem Personal sowie einem Privatsektor, der qualifizierte Leistungen nur gegen hohe Bezahlung bereitstellte. Der zentralistische Gegenvorschlag ist gefährlich und unnötig, weil die Kantone die Hausärzte in eigener Initiative fördern können.

Peter Aebersold, Zürich